

*\*free translation, improvements are welcome*

## **Paradigmenwechsel für gerechte, demokratische und nachhaltige Territorien: Für die Stadt- und Agrarreform, jetzt!**

### **Aufruf zur Konvergenz in Richtung Rio+20 und darüberhinaus**

Die internationalen Organisationen und Netzwerke der Bewohner für die Stadtreform und das Recht auf Wohnen werden am People's Summit gegen die Kommerzialisierung des Lebens und der Natur für die Verteidigung des Allgemeinguts, der von 15. bis 23. Juni 2012 als Parallelveranstaltung zur Konferenz der Vereinten Nationen über Nachhaltige Entwicklung (Rio+20) in Rio de Janeiro, Brasilien, stattfinden wird, teilnehmen.

Wir starten diesen Aufruf, damit diese Veranstaltung ein Meilenstein bei der Konsolidierung des Dialogs und der Bündnisse für die Definierung einer gemeinsamen Plattform und eines gemeinsamen Aktionsprogramms der Bewegungen der Land- und Stadtbewohner sowie aller weiteren Organisationen wird, die für gerechte, demokratische und nachhaltige Territorien kämpfen.

Wir wollen diesen Dialog schaffen, um auch auf den nächsten Veranstaltungen, wie z.B. dem World Urban Forum 6 - Urban Social Forum 2 (Neapel, September 2012) und dem Weltsozialforum - World Assembly of Inhabitants (Tunesien, März oder April 2013) präsent zu sein.

### **Die Städte und das Recht, sich dem neoliberalen Modell, das die Krise verursacht hat, zu widersetzen**

Zu Beginn dieses neuen Millenniums lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten und die Verstädterung wird noch weiter fortschreiten. Städte haben ein enormes Reichtums- und Vielfaltspotential in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt, Politik und Kultur. Das nahezu überall praktizierte neoliberale Modell konzentriert jedoch Reichtum und Macht in den Händen der Eliten, die beschleunigten Verstädterungsprozesse tragen zur Ausbeutung der Umwelt und zur Privatisierung des öffentlichen Raumes bei und führen zu Verarmung, sowie zu sozialer und räumlicher Ausgrenzung und Spaltung. Genau dieses Modell hat die weltweite Finanzkrise heraufbeschwört, die die Wohnprobleme in Stadt und Land nur noch verschlimmert.

Der Großteil der Stadtbewohner hat die Last dieses Modells und seiner wiederholten Krisen zu tragen. Da ihnen die Deckung von Grundbedürfnissen gänzlich oder teilweise verwehrt wird, haben sie das Recht und die Berechtigung, der Verletzung ihrer wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und umweltbezogenen Rechte entgegen zu treten.

Die nationalen und internationalen Volksbewegungen, sozialen Organisationen, Berufsverbände und Foren der zivilen Gesellschaft haben sich bereits ab dem ersten Erdgipfel in Rio de Janeiro (ECO '92) darum bemüht, ein nachhaltiges urbanes Lebens- und Gesellschaftsmodell zu schaffen, das auf den Prinzipien von Solidarität, Freiheit, Gleichheit, Würde und sozialer Gerechtigkeit basiert.

### **Die Welt-Charta für das Recht auf Stadt, eine gemeinsame Plattform für die Einforderung unserer Rechte und die Verteidigung des Allgemeinguts**

Ein Ergebnis dieser internationalen Mobilisierung der verschiedenen Bereiche der zivilen Gesellschaft ab dem Weltsozialforum in Porto Alegre im Jahr 2001 war die Erstellung und Verbreitung der Welt-Charta für das Recht auf Stadt, die eine Plattform für gerechte, demokratische, nachhaltige und menschengerechte Städte propagiert.

Die Erschaffung einer gerechten und egalitären Stadt ist untrennbar mit dem Kampf für die soziale, gerechte und nachhaltige Nutzung von Allgemeingut wie Wasser, Fauna und Flora, für die Demokratisierung des Zugangs zu Ländereien in Stadt und Land, mit dem Kampf für die Stadt- und Agrarreform, für die Demokratisierung der Grundstücksverwaltung, für die Nahrungsmittelunabhängigkeit, für die umweltgerechte Einsetzung landwirtschaftlicher Techniken, für die Sicherung des Lebensunterhalts der Bauern, ihrer Familien und der indigenen und ursprünglichen Bevölkerungen auf der ganzen Welt verbunden. In diesem Jahr, 2012, wiederholen wir mit unseren Kämpfen und den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten unsere Forderungen an die Regierungen, den G20 und die internationalen Finanzinstitutionen nach den nötigen Voraussetzungen - insbesondere einer öffentlichen Politik - um glücklich, in Frieden und Harmonie in gerechten, demokratischen und nachhaltigen Territorien leben zu können.

Gemäß der vom World Urban Forum des Programms Habitat der UNO im Jahre 2010 geprägten Definition, bedeutet "das **Recht auf Stadt** das allgemeine Recht der heutigen und zukünftigen Generationen auf nachhaltige Städte, ohne Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Alter, Rasse, Gesundheitszustand, Einkommen, Nationalität, ethnischer Herkunft, Migration, politischer Ausrichtung, sexueller oder religiöser Gewalt, und, dass sie ihre kulturelle Identität und Erinnerung schützen"; es ist

an der Zeit, dass die Staaten und die zivilen Gesellschaften im Lichte dieser Aussage ihre Pflichten und Verantwortungen zur Schaffung neuer Sozial- und Territorialpakte erfüllen, die sich auf alternative Paradigmen zum neoliberalen Modell stützen und folgende Aufgaben übernehmen:

1. Die vollständige **Ausübung der Bürgerrechte**. Eine Stadt, in der alle Bewohner (Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Senioren, Männer und Frauen, die dort ständig oder vorübergehend wohnen) alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen, sodass die nötigen Voraussetzungen für das Allgemeinwohl auf der Basis von Würde, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit geschaffen werden. Zu diesem Zweck müssen die Städte, bzw. ihre Bewohner, die sozialen Akteure und die Institutionen von der *civitas*, d.h. dem Bürgerrecht auf Autonomie Gebrauch machen, um Widerstand gegen die aggressiven Attacken der neoliberalen Globalisierung zu leisten, ohne wegen ihrer eigenen zivilen Handlungen belangt zu werden.

2. **Die soziale Funktion von Städten, Ländereien und Eigentum**. Eine Stadt, in der die Bewohner an der Verteilung der Ländereien und der Regelung ihrer Nutzung teilhaben und welche also eine egalitäre Nutznießung der Güter, Dienstleistungen und Chancen, die die Stadt bieten kann, gewährleistet. Eine Stadt, die das öffentliche, als kollektiv geltende Interesse an erster Stelle reiht und somit eine sozial gerechte und ausgewogene Nutzung auf Umweltebene garantiert. Es wird also essentiell wichtig, eine öffentliche Politik und spezielle Maßnahmen zu formulieren und umzusetzen, um Spekulation, Ghettoisierung, Ausgrenzung, Zwangsräumungen und die ungerechtfertigte Aneignung (Land Grabbing) von Ländereien in Stadt und Land zu bremsen.

3. **Die demokratische Verwaltung der Stadt**. Eine Stadt, in der die Bewohner bis hinauf zur höchsten Ebene am Entscheidungsprozess für die Formulierung und Umsetzung von öffentlichen Politikkonzepten, Plänen, öffentlichen Budgets und der Steuerung der urbanen Prozesse teilhaben. Dies alles unter verstärkter Beteiligung an der Verwaltung, der Kontrolle und der Evaluierung der öffentlichen Politik in der institutionellen Entscheidungsfindung und nicht nur in den Bürgerbeiräten

4. **Die demokratische Produktion der Stadt und in der Stadt**. Eine Stadt, die die produktiven Kapazitäten ihrer Bewohner, insbesondere der "popular sectors", schützt und stärkt, indem die soziale Produktion des Habitat und die Entwicklung von solidarischen ökonomischen Aktivitäten, wie z.B. der urbanen Landwirtschaft, gefördert und unterstützt werden, um die Lebensmittelunabhängigkeit zu stärken. Das Recht, die Stadt zu erschaffen, auf einen produktiven Habitat und auf Energie, um ein Einkommen für alle zu schaffen, um die Volkswirtschaft und nicht nur den fast monopolartigen Profit einiger weniger zu stärken. Eine Stadt, die auf die Bedürfnisse der verwundbarsten Gruppen, der Personen, die in Armut und unter prekären Umweltbedingungen leben (durch Umweltkatastrophen von Menschenhand gefährdet und/oder bereits geschädigt), derjenigen, die bedroht und/oder Opfer von Gewalt sind, der behinderten Menschen, der Immigranten und Flüchtlinge und all jener, die am Rande der Gesellschaft leben oder im Vergleich zu anderen Bewohnern benachteiligt sind, achtet.

5. **Der verantwortungsbewusste und nachhaltige Umgang mit den der Allgemeinheit gehörenden Natur-, Sach- und Energiegütern der Stadt und ihrer Umgebung**. Eine Stadt, in der die Bewohner und die Behörden eine öffentliche Politik für einen verantwortungsvollen Umgang mit Allgemeingut wie Wasser und Umwelt - ohne Privatisierungen - betreiben, um heute und in Zukunft ein Leben in Würde und egalitäre Lebensbedingungen für Menschen, Gemeinde und Stadt zu gewährleisten, ohne die natürlichen ökologischen Ressourcen anzutasten.

6. **Die demokratische und egalitäre Nutzung der Stadt**. Eine Stadt, die im gesamten urbanen Gefüge das Recht auf Chancengleichheit für alle anerkennt, um den sozialen Zusammenhalt zu fördern und die Gleichstellung der Geschlechter zu betonen, wo alle Menschen, unabhängig von ethnischer Herkunft, Alter, Fähigkeiten, sexueller Ausrichtung oder Religion gleichermaßen respektiert werden. Eine Stadt, die die Mobilität aller Bewohner mit sauberer und nachhaltiger Technologie und der Förderung des öffentlichen Verkehrs oder alternativer Transportmittel, wie z.B. des Fahrrads, erleichtert. Eine Stadt, die auf allen Ebenen der Schulbildung und für die öffentlichen Behörden, die für die Lokalpolitik zuständig sind, das Recht auf eine nachhaltige Stadt sowie auf Kommunikation und Information auf Augenhöhe beinhaltet.

April 2012

**Unterzeichnete:**

Habitat International Coalition (HIC)

International Alliance of Inhabitants (IAI)

Landesweites Forum für eine Reform der Stadt (FNRU), Brasilien

...